

Uta Zapf

Initiativantrag zum UB-Parteitag der SPD Offenbach Kreis am 13.5.2017

Keine Abschiebungen von Afghanen

Der UB-Parteitag möge beschließen:

Die SPD im Kreis Offenbach und die Kreistagsfraktion werden aufgefordert, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Abschiebung von Afghanen nach Afghanistan einzusetzen.

Die SPD im Kreis Offenbach fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, sich ebenfalls deutlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan einzusetzen, so wie es die SPD Offenbach Stadt und die SPD-Landtagsfraktion getan hat.

Begründung:

Eine Abschiebung nach Afghanistan ist inhuman und verstößt gegen die Genfer Konvention und die Menschenrechtskonvention, Afghanistan ist KEIN sicheres Herkunftsland, auch wenn der Innenminister und CDU/CSU dies glauben machen wollen. Es ist zynisch, wenn Innenminister de Maizière behauptet, es gäbe sichere Provinzen in Afghanistan. Dies ist nicht der Fall, weil in ALLEN Provinzen Angriffe von Taliban oder <IS drohen, und aufgrund dieser Angriffe und Bedrohung es fast eine Million Binnenflüchtlinge gibt. Rückgeschobenen Asylbewerbern sind potenziell der Rache der Taliban ausgesetzt. Angriffe und Unterdrückung durch Taliban können in jedem Ort und in jeder Provinz passieren, auch in mit alliierten Soldaten geschützten Städten wie Mas-i-Sharif gab es erst kürzlich Attentate. Im früher „talibanfreien“ Kundus herrschen die Taliban wieder in fast allen Orten.

Weitere Begründung mündlich